

Anhörung der BI für sozial gerechte Abwasserbeiträge zu TOP 7 der Stadtratssitzung vom 10. 10. 2013

Die Bürgerinitiative hat mich beauftragt der Aufforderung (Schreiben v. 17. 09. 2013) zur Anhörung / mdl. Stellungnahme zu TOP 7 wahrzunehmen.

Nach dem vielen Schriftverkehr zwischen Stadtverwaltung/Rechtsamt, Kommunalaufsichten und BI, möchte ich zu den darin aufgeführten Rechtsaspekten nichts aufführen, dafür ist das Dickicht bzw. Gesetzesdschungel zu groß.

Dies alles vor dem Hintergrund einer einfachen Frage, der Stadtrat möge sich mit seiner Kritik am OBM auseinandersetzen, bis hin zur Erörterung eines möglichen Abwahlverfahrens. So die Fragestellung der BI nach §6a der Hauptsatzung.

Um o erstaunter waren Bürger und BI als sie eine kleine aber entscheidende Änderung dieser Fragestellung in der veröffentlichten Tagesordnung feststellen mussten. Da geht es, (kann jeder nachlesen) konkret um Amtsführung und Abwahl des OBM. Eine Forderung, die so nicht gestellt wurde, die natürlich allgemeines Interesse hervorgerufen hat (Besucherzahl HA). Die BI ist nicht befugt den OBM abzuwählen, dafür gibt es entsprechende Regeln. Herr Freiwald ergänzte im HA sogleich, dass es um die „Nichtbehandlung“ des BI Vorschlages geht und nur darüber abzustimmen sei, also nicht über Inhalte. Dies rief selbst Erstaunen bei so manchen Stadtrat hervor, Herr Kungel fragte denn auch dazu nach. Auf der Suche nach einen möglichen Erklärungsversuch kommt man unwillkürlich bei der GO an. Ein gleichlautender TOP darf sich wohl innerhalb eines ½ Jahres nicht wiederholen. Ergebnis wäre: für mögliche Konsequenzen nach einer nochmaligen Erörterung im Stadtrat ist der Termin Kommunalwahl 2014 gestorben.

Um genau solches mögliche Ränkespiel geh es der BI in ihrem Antrag.

Da wird der OBM öffentlich im SR der Lüge bezichtigt und hinter vorgehaltene Hand noch viel mehr. Da wird jegliche Mitarbeit (an einen Strang zu ziehen) verweigert. Geht es um „heiße Kartoffeln“ dann muss er Entscheidungen des Stadtrates verteidigen, selbst hält man sich zurück. Beispiel gibt es viele. Zum anderen gibt es seitens Verwaltung/Ämter, soweit man es als Zuhörer feststellen kann, keine richtige Zusammenarbeit mit dem Stadtoberhaupt, (AK – Mangel, fehlende Qualifikation) wir wissen es nicht. Wir wissen nur, die Aufgabenflut steigt und sie wächst der Verwaltung bereits heute über den Kopf. Dazu kommen verminderte Landeszuweisungen und Streichung von FM ab 2014. In WSF wird ungeachtet dessen Geld für Großprojekte in immer neuen Größenordnungen ausgegeben, als wäre genug davon da. Dies alles braucht eine starke Verwaltung und einen starken OBM (mit freien Rücken).

Auf der anderen Seite steht der amtierende OBM, Herr Risch, der beim „Verkauf“ seiner Erfolge öfters übers Ziel hinaus schießt. Und natürlich auch eine Eigenart, über alles Bescheid zu wissen und eine Antwort parat zu haben. So was geht dann schon mal daneben. Also es gibt genügend Gründe das ganze Thema hier im Stadtrat gründlich zu behandeln. Die Außendarstellung der Stadt ist miserabel. Es geht um die Verbesserung des Klimas zwischen Stadtrat, OBM und Verwaltung (so das Empfinden vieler Bürger und BI Mitglieder)

Das Thema bzw. die Frage zu TOP hätte also heute anders lauten müssen, als in der Presse angegeben, d. h. Nichtzulassung.....usw. Im HA hat eine Mehrheit von Stadträten, der Block Linke mit CDU und auch die FDP u. SPD dafür gestimmt,

dieses moralisch so wichtige Thema im SR inhaltlich nicht zu behandeln. Schade..
Lediglich die Bürger für WSF haben die Notwendigkeit einer Aussprache gesehen,
um das WSFer`Imageproblem in den Griff zu bekommen.

Nach Auskunft des Herrn Freiwald ist es jeden Stadtrat unbenommen, das Thema
aufzugreifen und heute, jetzt und hier zu sagen, jawohl ich bitte um Behandlung in
dieser oder ähnlicher Form in eine der nächsten Stadtratssitzungen.

Die BI appelliert an jeden einzelnen Stadtverordneten, diese vor ihn liegende Frage zu
übernehmen und die Erörterung zu beantragen.

Danke für die Aufmerksamkeit!

Bitte an Stadtratsbüro, Frau Knittel:

Protokoll der Stadtratssitzung von heute und vom Hauptausschuss am 7. 10. 2013 der
BI zustellen.